

**Nachlese zum Frankfurter Podium
online am 15. Juni 2020
zu den Folgen der COVID-Pandemie**

„Was macht „COVID-19“ aus unserer Gesellschaft, aus Europa und der Welt?“

Mit Mut und Digitalisierung aus der Corona-Krise

Ja, es ist „diesmal alles ein wenig anders“, wie Gastgeber Raoul Lorenz gleich zu Beginn feststellt. Das Publikum und die Podiumsgäste sitzen vereinzelt vor ihren Bildschirmen statt zusammen im vollen Saal der LORENZ Systemhaus-Gruppe am Stammsitz in Frankfurt-Rödelheim, es gibt keinen Sekt zur Begrüßung, keinen Schlussapplaus und kein anschließendes Get-together. Die Welt hat sich verändert in den vergangenen drei Monaten und mit ihr auch das traditionsreiche „Frankfurter Podium“, das erstmals rein online stattfindet.

Aber, wie Christoph von Marschall, Tagesspiegel-Redakteur und Experte für internationale Beziehungen, im Verlauf der Diskussionsrunde sagen wird: Über Veränderungen zu lamentieren hilft nicht, man muss sie analysieren und mit ihnen arbeiten. Und das tut die Runde, zu der neben Marschall der langjährige hessische Ministerpräsident Roland Koch, der Professor für Philosophie und politische Theorie und ehemalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin sowie der Publizist Dr. Hugo Müller-Vogg als Moderator gehören.

„Was macht COVID-19 aus unserer Gesellschaft, aus Europa und der Welt?“, lautet die Frage des Abends – das Thema und die ungewohnte Form der Diskussion korrespondieren als gewissermaßen. Aber in allen Veränderungen, auch in den erzwungenen und vielleicht sogar in den vornehmlich negativen, stecken Chancen. Zum Beispiel können die Zuschauer während des Livestreams Fragen stellen, die von Raoul Lorenz in die Podiumsdiskussion eingespeist werden, zum Ende des Streams senden Lorenz-Mitarbeiter aus aller Welt ihre Grüße.



Julian Nida-Rümelin, Raoul Lorenz, Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch, Dr. Hugo Müller-Vogg, Christoph von Marschall

Die kritischste Haltung zum von der Politik verhängten Corona-Lockdown nimmt Nida-Rümelin ein, der nach drei Monaten des Ausnahmezustands eine „massive Beschädigung der ökonomischen Vitalität“ diagnostiziert. Deutschland sei auf die Pandemie „grotteschlecht vorbereitet“ gewesen, grundlegende Rechte seien ausgehebelt worden und noch immer sei der Staat nicht konsequent genug in der Anwendung „smarter Methoden“ zur Bekämpfung der Infektionen, etwa im allgemeinen Einsatz von Tracing-Apps und im Testen des Personals in Pflege- und Alteneinrichtungen.

Kochs Zwischenbilanz fällt positiver aus: „Wir haben relativ viel richtig gemacht, wir können auch einmal stolz auf den Staat sein.“ Zwar fürchtet auch er die ökonomischen Folgen des Shutdowns, glaubt aber, dass Deutschland die Krise überwinden kann – vorausgesetzt, das Land zeige mehr Mut, Kreativität und Innovationsbereitschaft als in den vergangenen Jahren. Von Marschall sieht ein gutes Abschneiden im internationalen Vergleich. Die Einschränkungen in Spanien, Frankreich oder Italien seien größer gewesen, Deutschland könne jetzt einen „Riesensprung“ in der Digitalisierung machen.

Ein Hemmschuh für die Digitalisierung und damit auch für einen effizienten Einsatz der Corona-App ist für Koch und Nida-Rümelin ein zu restriktiv, oder falsch verstandener Datenschutz. „Wir verbieten, Daten zu erheben, die anderen westlichen Demokratien regeln den Umgang damit“, sagt der frühere Ministerpräsident und Manager. Nida-Rümelin sieht beim zögerlichen Einsatz der Corona-App sogar eine „absolutistische Blockade“ am Werk. Während Freiheiten, wie die zur Versammlung, Bildung, Berufs- und Religionsausübung suspendiert worden seien, werde ein nur abgeleitetes Grundrecht, nämlich das auf informationelle Selbstbestimmung, für unantastbar erklärt. Das sei ein „groteskes Missverhältnis“, urteilt der Philosophieprofessor, der es nach eigenen Worten „völlig unproblematisch“ gefunden hätte, wenn der Staat die Verwendung einer App mit Zwang durchgesetzt hätte.

Und was halten die Zuschauer vom Umgang der Politik mit der Pandemie? Gemessen an den über die Textfunktion des Videochats gestellten Fragen bestehen im Publikum weitreichende Zweifel an der Angemessenheit der Maßnahmen und auch an der Neutralität der medialen Berichterstattung. „Wo ist Medienvielfalt, wo ist politische Vielfalt?“, fasst Raoul Lorenz zusammen. Eine staatliche Mediensteuerung gebe es in Deutschland nicht, meinen Christoph von Marschall und Julian Nida-Rümelin übereinstimmend. Allerdings will von

Marschall eine innerhalb der Redaktionen freiwillig auferlegte „Eintönigkeit“ nicht ausschließen, und Nida-Rümelin spricht von einer Ideologisierung des Diskurses. Es gebe viele hochkompetente Wissenschaftler, die eine andere Meinung zu Corona verträten, als das Robert-Koch-Institut, doch würden sie nicht gehört oder in tendenziöser Weise präsentiert.

Für Roland Koch hingegen hat die Politik mit den rigorosen Einschränkungen des öffentlichen Lebens nicht überreagiert. „Die Maßnahmen haben gewirkt, sie waren kein Unsinn“, das sehe man auch mit Blick nach Großbritannien oder Amerika, wo der Staat zögerlich und inkonsequent reagiert habe. Deutschland befinde sich in einer Phase, in welcher der Erfolg der Maßnahmen, nämlich die relativ geringen Infektions- und Todeszahlen, dazu führe, dass in Zweifel gezogen werde, ob die Einschränkungen überhaupt möglich gewesen waren. Ein „Krisenparadoxon“, meint Koch.

Von Matthias Trautsch – Redakteur der FAZ